

Hilmar Hoffmann

Kultur – Wissenschaft – Politik *

Eine Ortsbestimmung

Einleitung

Angesichts der historisch wohl einmaligen Bedeutungssteigerung der Kultur ist es legitim, nach den aktuellen Ursachen dieser Hoch-Konjunktur zu fragen. Bei unserer Suche nach Antworten können wir die Politik-Entwicklung und den Wandel der Gesellschaft nicht unbefragt „außen vor“ lassen. Außerdem wird an einem Ort wie diesem die Behandlung dieser Frage kaum ertragreich sein können ohne konkreten Bezug auch auf die Wissenschaft und auf die Koinzidenz beider Interessen. Dieser Bezug wird sich nicht beschränken dürfen auf die stereotype Repetierung jenes Apells, der schon seit Jahren eine gegenwartsnahe, problembezogene kulturwissenschaftliche Forschung reklamiert.

Ich glaube, wir sind uns in der Einschätzung einig, daß Kulturpolitik das systematische Reflektieren ihrer Tätigkeitsfelder braucht, um aus der notwendigen Remedur neue und wissenschaftlich fundierte Impulse für Zukunftsperspektiven zu gewinnen. Sie braucht aber außerdem noch eine hochqualifizierte Personalstruktur, um jenes Nachdenken erfolgreich in die tägliche Praxis überführen zu können. Dabei geht es nicht nur um die Optimierung der Mittel und um die Systematik der verschiedenen Gegenstandsbebereiche; es geht auch und vor allem darum, wie kulturpolitische Tätigkeit mit gesellschaftlicher Entwicklung insgesamt kor-

respondiert. Auf diese noch unerforschte Problematik der Interferenzen wird sich im wesentlichen auch mein Referat beziehen. Wissenschaft ist in diesem Zusammenhang nicht nur gefragt als Hilfsmittel der Kulturpolitik, sondern viel stärker noch in ihrer genuinen Rolle – in diesem Falle:

Erforschung der sozialpsychologischen Grundstrukturen kulturellen Handelns und Erweiterung unseres Wissens um die historische Entwicklung.

Daraus ergibt sich die weiterführende Frage, in welchem Verhältnis denn die Wissenschaft als eigenständiger Faktor zum kulturellen Lebensprozeß der Gesellschaft insgesamt steht. Obwohl alle drei den Titel bestimmenden Begriffe in einem sehr engen, integrierten Spannungsfeld stehen, will ich für die Zwecke meines Referates gleichwohl versuchen, sie in meinen Ausführungen jeweils separat mit ihren eigenständigen Koordinaten zu definieren.

Wissenschaft und Kultur als autonome Kräfte in der Gesellschaft

Als Zwillingsspaar erscheinen Wissenschaft und Kunst im Grundgesetz gemeinsam: Aus der Konsequenz von Humanität tötenden Erfahrungen und von geistwidriger Gesinnung während des Nationalsozialismus billigt Artikel 5.3 unseres Grundgesetzes Wissenschaft und Kunst einen extensiven Freiheitspielraum zu; diese Freiheitsgarantie geht über diejenige der Meinungsäußerung (und die des Eigentums ohnehin) noch weit hinaus, wenn

* Vortrag anlässlich des Akademischen Festaktes der Justus-Liebig Universität Gießen, gehalten am 18. November 1988.

es lapidar heißt: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Allein die Lehre wird zusätzlich an die Treue zur Verfassung gebunden. Den besonderen grundrechtlichen Wert dieser Freiheit des Geistes und der Angelegenheiten der Künste beginnen wir heute wieder als besonders bedeutsam zu begreifen. Sie war auch in unserem Staat immer wieder gefährdet; ja, die Geschichte der Kultur der Bundesrepublik ließe sich über weite Strecken hin schreiben als diejenige einer andauernden Auseinandersetzung um diese Autonomie, um die Freiheit der Künste:

Beschimpfungen der Intellektuellen als Pinscher, als Schmeißfliegen und ähnlichen Invektiven auch durch hochrangige Politiker zeigen nur auf die Spitze des Eisberges; Zensurversuche auf den verschiedensten Ebenen gehörten (fast) zum Alltag. Immer wieder berichten gebeutelte Redakteure der elektronischen wie der Print-Medien über heftige Kontroversen um inhaltliche Eingriffe. Andererseits gehört es zu den positivsten Aspekten unseres kulturellen Lebens, daß entsprechende Eingriffe nicht widerspruchlos hingenommen werden müssen:

Nicht nur für die Künstler selbst, sondern auch für bedeutende Teile der Bevölkerung ist die Freiheit der Künste ein viel zu hohes demokratisches Gut, als daß es leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfte. Selbst konservative Politik ist ja heute nicht so einfach bereit, sich das Odium der Zensur oder des Eingriffs in die Freiheit der Künste oder der Wissenschaft anhängen zu lassen.

Wenn wir in der Bundesrepublik von Kultur und Staat sprechen, dann meinen wir vor allem die Gemeinden damit, d. h. die Orte, wo die Menschen zu Hause sind. Wir sollten uns auch darüber verständigen, daß wir unter Kultur jenen umfassenden Bereich menschlichen Handelns ver-

stehen, innerhalb dessen die Künste nur ein Teil sind, wenn auch ein besonders wichtiger. Entfremdung, deren Ursache sich hinter allzu formal organisierten Kommunikationsformen verbirgt, kann z. B. durch die Kultur der sozialen Beziehungen und der vitalen Kommunikation in ihr Gegenteil verkehrt werden, aber zur Kultur gehört auch jene des Umganges mit uns selbst und mit unseren Mitmenschen, mit Natur und Geschichte. In diesem Kontext gilt es, auch auf die wertbesetzten Optionen für jene Richtung der „Kultivierung“ hinzuweisen, die für die Prozesse kultureller Kommunikation angesagt sind. Die wohl vermeidliche Tatsache, daß in (fast) allen entsprechenden Fällen auch ökonomische Interessen die Gestaltung dieser Teilbereiche kultureller Tätigkeiten mitbestimmen, und zwar meist als rivalisierende „Partner“, bleibt dabei meistens unreflektiert. Um so wichtiger scheint es mir, das öffentliche Handeln in die Lage zu versetzen, Freiräume und fruchtbare Umfeldler für die Entfaltung und die Kultivierung menschlicher Wesenskräfte erfolgreich zu verteidigen oder sie dort endlich zu schaffen, wo sie fehlen.

Es sind diese identitätsvermittelnden Freiräume, auf die es bei der Realisierung demokratischer Kulturpolitik entscheidend ankommt: Daher gilt es, jene dialektische Spannung auszuhalten, die Theodor W. Adorno als eine beschreibt, die zwischen Verwaltung als Lebensvoraussetzung auch für Kultur und Künste einerseits und dem ausdrücklich Nicht-Verwaltbaren, Nicht-Reglementierbaren, also letztlich in sich Autonomen andererseits, ihre sittlichen Energien bezieht. Gegen den Leerlauf bürokratischer Apparate bekommt diese Dialektik ihre Funktion in der ständigen Herausforderung, in der sich Politik, zumal Kulturpolitik, zu bewähren hat. Adorno rät uns, die dabei

entstehenden Paradoxien als produktive Faktoren zu begreifen. *„Die Antinomie von Planung und Kulturellem zeitigt den dialektischen Gedanken, das Nichtgeplante, Spontane selber in die Planung aufzunehmen, ihm Raum zu schaffen, seine Möglichkeiten zu verstärken. Es enträt nicht des gesellschaftlichen Rechtsgrundes“*, sagt Adorno (S. 118). Die negative Utopie der „verwalteten Welt“ relativiert sich überall dort, wo Verwaltung und Politik sich als Förderer und Gewährleister von Freiräumen für kulturelle Prozesse verstehen. Solche Prozesse enthalten freilich nur dann ihren Sinn, sofern sie auf die Gesellschaft auch zurückwirken können, was das genaue Gegenteil einer Reduzierung des Menschen auf die Gesellschaft meint. Warum die Rückbindung von Kultur auf die Gesellschaft gleichzeitig immer wichtiger und immer schwieriger wird, das wird im folgenden Abschnitt unser Thema sein.

Die Unterwerfung der Kultur unter fremde Interessen

Kulturpolitik und Kultur haben heute die Adorno'schen Paradoxien in verschärfter Weise auszuhalten: Es handelt sich dabei nicht nur um jene Widersprüche zwischen Erstarrung und Entfaltung im Rahmen von „verwalteter Welt“, sondern noch stärker um jene von Instrumentalisierung der Kultur und Autonomie der Künste. Diese Widersprüche sind in der Erfahrung begründet, daß Kultur zunehmend als Rohstoff gehandelt wird. Wie gesagt: Kultur hat Konjunktur – aber nicht nur beim Publikum. Kultur befindet sich im Hoch auch bei Politik und Wirtschaft und neuerdings auch im Wettstreit der Länder wie der Gemeinden um Standortvorteile oder um Stadt-Prestige. Unter dem Vorwand ihrer Förderung und unter den bisher angewandten beliebigen Förderungs-

Praktiken droht ihre Autonomie aber immer mehr eingeschränkt zu werden; ja, ihre Potenz als eigenständiger kultureller Faktor wird de facto immer tiefer ausgehöhlt. Ich ziele mit meiner Kritik primär auf die wachsende Ökonomisierung der Künste, wie sie derzeit unter verschiedenen Aspekten mal verschleiert, mal unverhüllt stattfindet.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Jede Leistung hat ihren Preis, und so gibt es selbstverständlich auch im Bereich der Künste eine Fülle von Zusammenhängen, in denen Marktmechanismen eine durchaus tragende Rolle spielen können. Aber jene grassierende Tendenz, sich unreflektiert und unbedingt den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, bedeutet letztlich die Entwertung der künstlerischen Kreativität und ästhetischen Kontemplation. Diese schöpferischen Erkenntnisleistungen werden immer häufiger nur noch in dem Maße gewürdigt, in dem sie Markterfolge versprechen. Ins Positive gewendet, ließe sich diese Erfahrung immerhin als eine höchst dialektische Beziehung würdigen, für deren Interpretation weder die Vorstellung totaler Manipulierbarkeit noch jene der „Konsumenten-Souveränität“ ausreichen. Aber es handelt sich eben doch auch um eine Wechsel-Beziehung der Instrumentalisierung, deren Folgen wir angesichts der Probleme von wachsender Marktmacht und deren unkontrollierter Verselbständigung nicht gering schätzen dürfen.

Kultur wird zunehmend als positiver Wirtschaftsfaktor thematisiert, und viele wittern darin gar eine willkommene Chance, die Finanzierung der Kultur zu sichern. Uns wurden soeben die einschlägigen Ergebnisse einer Studie des Münchener IFO-Institutes für Wirtschaftsforschung vorgelegt, worin über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur“ statistisch spekuliert wird (Hum-

mel u.a.). Danach verdienen immerhin 680 000 Personen im weitesten Sinne mit der Herstellung, Verbreitung und Bewahrung von Kunst und Kultur ihren Lebensunterhalt. Der Kunst- und Kulturbereich trägt zur Entstehung von Einkommen im Inland mit einem Betrag von 40 Milliarden DM bei. Die Anlagen-Investitionen dieses Sektors summieren sich auf nicht weniger als 5 Milliarden DM. Sämtliche wirtschaftliche Leistungen aller Kulturbereiche zusammengenommen, heißt das im Vergleich:

- Allein der Kunst- und Kultursektor befreit 2,3% der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung.
- Sein Anteil an allen Erwerbstätigen liegt bei 2,7%.
- Sein Beitrag zu den gesamtwirtschaftlichen Investitionen beträgt 1,4%.

In diesem Prozente-Gerüst spiegelt sich nicht nur die insgesamt starke Bedeutung von Kunst und Kultur als Wirtschaftsfaktor. Darin wird auch seine überproportionale Bedeutung für den Arbeitsmarkt erkennbar, die wegen der sonst gern beklagten hohen Personalintensität deutlich größer ist als der Anteil an Investitionen und Bruttowertschöpfung.

Zu warnen bleibt freilich vor allzu eifertigen Rückschlüssen: Da sich positive Beschäftigungseffekte durch öffentliche Ausgaben leicht auch in anderen Bereichen nachweisen lassen, dürften ökonomische Argumente für die Kultur nicht zu mehr taugen als bloß zu einer Art Hilfsargumentation, um damit zusätzliche Geldmittel für die Kultur locker zu machen – sonst würde Kultur allzu leicht substituierbar werden. Der sprunghaft sich entwickelnde Trend, Kultur als Wirtschaftsfaktor zu werten, evoziert nicht nur innere Widersprüche, er mobilisiert auch äußere Widerstände. Skepsis macht sich zu Recht schon dort breit, wo die ökonomische Argumentation immanent betrachtet wird.

Der Ökonom Klaus Conrad macht uns darauf aufmerksam, daß Kunst nicht nur wichtig ist als Wirtschaftszweig mit erheblichen direkten Wertschöpfungseffekten und unmittelbaren Beschäftigungsleistungen. Kunst sei vielmehr deshalb wichtig, weil ihre breit gefächerte Aktivität vielen industriellen Betätigungsfeldern „unerläßliche Wachstumsimpulse“ verspricht, die in erhöhten Konsum umschlagen (z. B. im Musikmarkt).

Als Folge kaufen immer mehr Zeitgenossen Kunst als Ware, als ein kostbares Gut zur Dekoration ihrer „Lebensstile“, zur Kultivierung dessen, was wir als die „feinen Unterschiede“ eher zu ironisieren geneigt sind. Obwohl Kultur durchaus als „Wachstumsbranche“ begriffen werden kann, subventioniert sie die öffentliche Hand ob ihrer Folge-Wirkung als „Städtereklame“, ebenso wie wegen der „Folge-Umsätze“ wie zum Beispiel bei der Umweg-Rentabilität: Je mehr Besucher der Kultur-Angebote wegen in die Stadt strömen, desto höher die Umsätze in Hotels, Restaurants und beim Einzelhandel. Von privaten Firmen wird sie gesponsort zur Steigerung des Standort-Vorteils für höhere Angestellte und für Kunden, und wegen der geschäftlichen Werbewirksamkeit (Hollywood-Syndrom).

In fast allen Fällen ist Kultur Mittel für anderes. Direkt oder indirekt wird sie dem Diktat der wirtschaftlichen Zwecke untergeordnet und entsprechenden Erfolgskriterien unterworfen. Auch die öffentliche Kulturpolitik gerät immer mehr in Gefahr, unter rein ökonomischen Gesichtspunkten „Kultur als Spektakel“ anzubieten, nur weil diese Dualität volle Häuser garantiert; im Schauspiel „Charly's Tante“, in der Oper „Czardasfürstin“, im Ballett „Schwanensee“. Solche auch kassenmäßigen Schlager könnten eines Tages die Parlamentarier auf schlechte Gedanken bringen, indem sie Spielpläne künftig

nicht mehr von den Intendanten, sondern von Revisionsbeamten könnten bestimmen lassen. Aber selbst der Ökonom weiß es gelegentlich besser: Denn die Konzentration allein auf Marktgängiges wie „etablierte“ Kunst würde „eine Art Marktversagen“ darstellen, wobei „potentielle Anbieter“ und anspruchsvollere Produkte quasi ausgegrenzt würden, sagt Klaus Conrad.

Allein schon wegen der „asymmetrischen Informationen“ über die gesamte Angebotspalette muß weiterhin öffentlich subventioniert werden. Sonst würden die Konsumentenschaft bzw. der potentielle Nutzer sich nur mühsam über Qualität informieren können; auch Neues oder gewagtes Experimentelles fände dann nur schwerlich Zugang zum Markt. Staat und Gemeinden korrigieren mit ihrer Subventions-Kulturpolitik auch nach Auffassung der Ökonomen zu Recht ein Marktversagen im eben erklärten Sinne. Ähnlich wie es Marktversagen gibt, so gilt es sicher auch, „Politikversagen“ zu beklagen: Zum Beispiel, wenn die öffentliche Hand möglicherweise nur noch das ihr Genehme subventioniert; aber auch bei solchen Augenblicks-Effekten besteht immerhin die Möglichkeit der Korrektur, auch auf der politischen Ebene; diese Chance ist hier schon deshalb größer, weil die Revision von Fehlern prinzipiell in den entsprechenden demokratischen Strukturen eingebaut ist, wie formal auch immer sie funktionieren mögen. Auch wenn es sich um eine Binsenweisheit handelt, muß sie in diesem Kontext wiederholt werden: Markt kontrolliert sich generell nur über Marktmechanismen. Betrachten wir diese Erscheinungen näher, so gewinnt Adornos und Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ von neuem an Aktualität. Schon 1944 wurde von beiden vorausgesagt, es kündige sich eine Modifizierung des Warencharakters der Kunst selbst an. Nicht

mehr der Warencharakter sei das eigentlich Neue, sondern daß dieser sich inzwischen geflissentlich „einbekennt“; die Tatsache, daß „Kunst ihrer eigenen Autonomie abschwört“, indem sie sich stolz unter die Konsumgüter mischt, bestimme letztlich den Reiz dieser Neuheit (Horkheimer/Adorno, S. 184).

Das scheint wie eine Vorwegnahme jener Dienstefrigkeit, mit der die Künste sich heute als „Rohstoff Kultur“ dem Geist der postmodernen Gesellschaft anbieten, um deren propagierten Lebensstil zu möblieren. „Man läßt zwar, in absichtlich aufrechterhaltenem Gegensatz zum streamlining, Kultur in einer Art von Zigeunerwagen noch herumfahren; die Zigeunerwagen rollen aber insgeheim in einer monströsen Halle herum“, ohne es selber zu merken (dies., S. 110). So gänzlich unbekannt ist uns ja jene Rigidität eigentlich nicht mehr, mit der heute die Kulturindustrie ihren eigenen ökonomischen Wertungszusammenhang aufbaut. Neu ist vielmehr die Erkenntnis, daß auch alle übrigen produktiven Äquivalente, also auch die „ernsthafte“ Kunst, solch utilitaristischen Zwecken subordiniert wird. Dem Kulturpolitiker fällt es schwer, sich mit jener Perspektive anzufreunden, Kultur und Künste als beliebig verwertbaren Rohstoff zu behandeln, wie das leider die tägliche Praxis von ihm fordert („Rohstoff Kultur“ heißt ein Ausstellungsprojekt). Als Fertigprodukte wollen die Erzeugnisse aber nicht nur in ihrem Gebrauchswert ernstgenommen werden, sondern vor allem in ihrem „Eigensinn“. Als originäre Produkte der individuellen Imagination sind sie politisch und wirtschaftlich nicht korrumpierbar; sie sollen statt zu schmücken und zu akklamieren vor allem wahr sein, auch zum Widerspruch taugen. Schon Goethe sagte zu Eckermann, es sei der Widerspruch, „der uns produktiv macht“ (1827).

Das ist die eine, die gleichsam kulturimmanente Argumentationslinie, deren Legitimität sich freilich diskutieren ließe. Problematisieren ließe sich z. B. jene Fiktion von dem hohen Wert künstlerischen Sachverständes, ja des Expertensachverständes überhaupt. Diese Fiktion erhält vielleicht erst dadurch ihre Berechtigung, daß dieser Sachverstände in der Konfrontation mit anderem Sachverstände auch relativiert oder gar entwertet werden kann: Das Interessantere ist allemal der Prozeß künstlerischer (wie wissenschaftlicher) Produktion, nicht sein einzelnes Ergebnis. Denn erst im Kommunikationsprozeß Kunst lassen sich jene gesellschaftlichen Qualitäten entfalten, auf die es uns ankommen muß. „Denn nirgendwo steht geschrieben und keine Wissenschaft hat bewiesen, daß Künstler oder auch Intellektuelle bessere oder gar tolerantere Menschen sind als andere Bürger“, das gibt uns Günter Grass (1973) zu bedenken.

Die aktuelle Bedeutung der vom Grundgesetz verlangten Autonomie der kulturellen Kräfte

Jene Prozesse, in denen die Freiheit der kulturellen Bereiche unerheblich, uninteressant, ja gelegentlich sogar hinderlich ist, sind nicht die Ausnahme. Ja, die Autonomie scheint mir um so stärker gefährdet, je mehr die einzelnen Bereiche, z. B. bildende Künstler, existentiell angewiesen sind auf Zuschüsse, auf Alimentationen aus eben jenen Sphären, denen ihre Autonomie doch eher gleichgültig ist. Es sind doch letztlich allein die starken Künste, die sich Mäzene und Sponsoren leisten können, und eben nicht die mediokrenen, die jeden Eingriff akzeptieren, bloß um zu überleben. Nur wenn die eigene freie Entscheidung über Tendenz, Inhalte und ästhetische Form des künstlerischen Engagements als ein hohes moralisches Gut für

die Künstler und andere Kulturproduzenten akzeptiert ist, sind sie entsprechenden Gefährdungen weniger ausgesetzt.

Das Insistieren auf je eigenen, immanenten Kriterien ist der entscheidende Faktor für die Qualität des Resultats eines Kunstwerks, denn autonome Kunst war ja nie an Gebote des ethischen, politischen, moralischen Engagements gekoppelt: Bei den Nazis mit ihrem neurotischen Verhältnis zur Kunst gab es zu keiner Zeit eine freie Kunst; Autonomie war damals eine tödliche Forderung. Heute steht den partiellen Gefährdungen der Eigenständigkeit des Kulturellen ein verstärkter gesellschaftlicher Bedarf an starken autonomen Kräften gegenüber. Was damit gemeint ist, das bliebe ohne Bezug auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen undeutlich. Es geht dabei um nichts weniger als um die Sinn-Reflexionen in unserem Leben. Mit Hilfe von Kunst und Literatur und Wissenschaft können die Menschen zu einem Bewußtsein ihrer selbst gelangen. Es geht dabei um die Trends gesellschaftlicher Entwicklung ebenso wie um die Frage, nach welchen Kriterien, wie und durch wen darüber entschieden wird, wie wir in Zukunft leben wollen. Es geht schließlich um jene Existenzfrage, wie denn den heraufdrängenden Krisen unserer Lebensform wirkungsvoll zu begegnen ist. Je intensiver wir angesichts eines ins Leere laufenden Wachstums nach dem Sinn dieser Entwicklung fragen, und je mehr der Selbstlauf von Fortschritt und Wirtschaftsexpansion auch deren Schattenseiten offenbart, um so größer wird unser Bedürfnis, die ökonomische Dynamik auch mit einem humanen Sinn auszustatten. Es gilt daher, die autonomen kulturellen Kräfte, zu denen das Grundgesetz Kunst, Wissenschaft, Forschung, Lehre, aber auch Presse- und Glaubensfreiheit zählt, als produktive Potentiale aufzubauen und offensiv einzusetzen. Nur mit ihrer Hilfe wer-

den sich bei Wirtschaft und Politik schließlich Inhalt und Moral der gesellschaftlichen Entwicklung einverleiben lassen. Versagen die künstlerischen Potenzen aber, sind sie außerstande, „kulturelle Öffentlichkeit“ herzustellen, dann gibt es gegen entfesselte Macht auch keine Gegensteuerung mehr.

Bei Richard von Weizsäcker lohnt sich, wie so oft, auch das genauere Hinhören, wenn er über Kultur reflektiert: „Kultur ist kein politikfreier Raum. Kultur ist nicht der Paradiesgarten geistiger und künstlerischer Eliten. Kultur ist Lebensweise des Menschen“ (Weizsäcker, S. 22). Das hat der Bundespräsident 1987 geschrieben, und im selben Jahr hat er bei einer Preisverleihung des Goethe-Institutes noch deutlicher formuliert, daß „Kultur das eigentliche Leben“ ist: *„Sie liegt der Politik und Wirtschaft, dem Lokalen und dem Feuilleton zugrunde und verbindet sie. Kultur ist kein Vorbehaltsgut für Eingeweihte, sie ist vielmehr unser aller Lebensweise. Sie ist folglich auch die Substanz, um die es in der Politik geht“* (S. 8). Die Idee vom Kulturstaat verleiht diesem in Richard von Weizsäcker personifizierten Kulturverständnis neue Dimensionen.

Wenn also Bewußtsein und Handeln die Menschen prägen und ihnen dabei helfen, selber darüber zu entscheiden, was ihnen wichtig und lebenswert ist, und wenn die Politik wiederum an den in der Kultur entwickelten Wertesystemen sich messen lassen soll, dann müssen Kultur und Künste sich auch an der Entwicklung von Zukunftsperspektiven aktiver beteiligen. Statt blinder Betriebsamkeit und beliebigem kulturellen Aktionismus sind heute perspektivisches Denken und entsprechende Infrastrukturen gefragt. Futurologen sind längst der Überzeugung, „die wesentlichen Weichen für eine akzeptable Art des Überlebens der Menschheit“ (Lutz, S. 18) würden im Bereich der Men-

schensbilder und des Wertewandels gestellt. Weil dem in der Tat so ist, darf Kultur sich jener Aufgabe gegenüber nicht länger indifferent verhalten, die geeigneten Prospekte für die zukunftsgerechte Ausgestaltung der Menschenbilder zu entwerfen, unsere Gesellschaftsformen zu humanisieren und die dafür notwendigen Entwicklungen einzuleiten und dauerhaft zu fördern.

Die traditionellen Institutionen der Weltanschauungen und Religionen leisten diese Aufgaben heute nicht mehr für alle in genügend weitreichender Weise; um so weniger darf aber den starken anonymen Interessen von Markt und Wirtschaft das Feld der Sinnorientierungen überlassen werden. Desto mehr müssen eigenständige Diskurse unsere existentiellen Fragen beantworten, die nicht bereits vorgeprägt sind von „Sachzwängen“ des Marktes oder vorgesteuert sind von Verwertungsinteressen und dergleichen. Konkrete Antworten auf Existenz-Fragen sind es, auf die es vielen Menschen heute wesentlich ankäme. Dabei geht es um nichts Geringeres als um die Bestimmung der „menschlichen Zwecke“ des Produzierens (Lafontaine, S. 249); und es geht dabei auch um die Verantwortung für die gemeinsame Zukunft.

Gern loben manche Politiker unsere Gesellschaft als Leistungsgesellschaft. Folglich sollen uns die Steuerreform und manche andere Maßnahme schmackhaft gemacht werden als Voraussetzung dafür, daß Leistung sich wieder lohnen wird. Nun ließe sich mit guten Gründen behaupten, daß es die größte Leistung der Menschheit insgesamt in den nächsten Jahrzehnten sein würde, wenn sie es denn fertigbrächte, sich selbst am Leben zu erhalten, und wenn es ihr gelänge, die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Überleben und für dauerhafte Entwicklung zu schaffen. Und es verdiente, eine großarti-

ge Leistung für viele Völker, Staaten und Staatenbünde genannt zu werden, wenn allen ihren Mitgliedern ein anständiges Leben ohne Hunger, ohne Armut und ohne Not ermöglicht würde. Auch für die meisten Individuen hierzulande wäre es die beste und überzeugendste aller Leistungen, ein als anständig, befriedigend und glücklich empfundenenes Leben leben zu können.

Mit Leistung in diesem gesellschaftlichen oder gar individuellen Sinne aber hat das, was die Formel von der „Leistungsgesellschaft“ ausdrückt, kaum viel zu tun. „Menschen bringen große Leistungen immer erst, wenn ihnen keine andere Wahl bleibt“ sagt Edzard Reuter von Daimler-Benz (Lafontaine, S. 177) – wofür üblicherweise die Tarifpolitik sorgt und heute die neue Armut. Wer aber sorgt und garantiert dafür, daß die fürs Überleben der Menschheit notwendigen Leistungen erbracht werden, zu deren gesellschaftlicher Summe auch jedes einzelne Individuum beitragen müßte?

Solches Denken setzt allerdings voraus, die anachronistische Trennung von Produzent und Rezipient endlich aufzuheben. Besonders auf dieser existentiellen Ebene muß sich die soziale Rolle der Kultur stärker als bisher behaupten – eine Funktion, die unbegreiflicher Weise in vielen Argumentationen vollkommen vernachlässigt wird. Kulturelle Öffentlichkeit ist jedenfalls ohne soziale Komponente nicht einmal in der Lage, jene Kompensation zu produzieren, die von der Kultur als Lebens-Mittel füglich erwartet werden muß. Kultur wird aber heute statt dessen zur Kollision: Da kulturelle Kräfte sich nicht vorschreiben lassen, womit sie sich auseinandersetzen und wofür oder wogegen sie eintreten, so können sie in einem verselbständigten Wachstumsprozeß gewissermaßen auch zur Bremse werden. Wie wir aus Erfahrung wissen, regeln sich kul-

turelle Entwicklungen nicht im scheinbaren Selbstlauf wie Markt und wirtschaftliche Konkurrenzen.

Zukunftsplanung bedarf zwar keiner Vorschriften oder gar Rezepturen, aber doch bewußter Weichenstellungen, und dies nicht nur bei der Vorsorge für eine entsprechende materielle Infrastruktur, sondern auch im Hinblick auf Inhalte und ästhetische Formen. In dem Maße, in dem Zukunftsplanung nicht mehr von einer Politik gewährleistet werden kann, weil diese sich zum Erfüllungsgehilfen von Sachzwängen machen läßt (vgl. Beck), wächst die Bedeutung des kulturellen Diskurses, des produktiven Dialogs. Als gescheitert sind schon heute die meisten Ansätze zur Einschränkung der „Teilautonomie der Wirtschaft gegenüber der Politik“ zu werten (Lafontaine, S. 163). Diese Teilautonomie der Wirtschaft hat sich längst zur tendenziellen Herrschaft über die Politik aufgeworfen und zwar beflügelt durch den akuten „Mangel an politischem Regulierungsvermögen“ auf nationaler wie internationaler Ebene (Lafontaine, S. 164). Markt und freie Wirtschaft meinen indes, zuverlässig versichern zu können, alle Probleme irgendwie zukunftsfähig schon zu lösen.

In diesem Kontext beschäftigt uns noch ein anderes Problem: Kultur wurde und wird noch vielfach als Mittel zur Akzeptanzproduktion betrachtet, und zwar vor allem ausgerechnet für die eigendynamischen Prozesse des technischen Wandels, nachdem sie vom kulturellen Prozeß abgekoppelt wurden. Da heute über unsere Zukunft „viel eher die Forschungslabors und die Entwicklungsabteilungen großer Unternehmen entscheiden als die Politik“ (Becker I, S. 3), bleiben gesellschaftliche Zukunftsperspektiven weitgehend Bankgeheimnis bzw. Herrschaftswissen des Managements. Selbst der eher konservative Philosoph Hermann Lübbe äußert sich

besorgt über das allmähliche Entschwinden von Zukunftsgewißheit: „Nie habe eine Zivilisation von ihrer Zukunft weniger gewußt als die unsere“ (zitiert bei Becker II, S. 5) – und das nicht nur wegen der „progressiven Innovationsverdichtung“, sondern auch wegen der fehlenden Kontrolle des Innovationsprozesses selbst. Verteidigt werden die Autonomie der Investitionsentscheidungen und das Monopol des Technologie-Einsatzes: Die Demokratie endet nicht nur, wie einst gesagt wurde, an den Fabrikatoren: sie wurde auch bezüglich der Zukunftsgestaltung in ihre Schranken verweisen. Solange das „arbeitsgesellschaftliche Sachzwang-Modell“ (Becker I, S. 17) die politische Handlungsfreiheit dominiert, darf Kultur in solchem Kontext sich aber um so weniger als große Anpassungsmaschine mißbrauchen lassen. Statt dessen ist eine Kultur gefragt, die „der Machtsteuerung des technisch-sozialen Wandels argumentativ vermittelte Korrekturpotentiale“ entgegenstellen kann (Becker I, S. 5).

Sind Künste und Kultur aber überhaupt in der Lage, solche „Korrekturpotentiale“ zu denken, geschweige denn sie zu entwickeln und pünktlich zu liefern? Kann die Kulturproduktion mit der Akzeleration des wissenschaftlich-technischen Wandels auch nur annähernd noch Schritt halten? Es gehört zur Beschreibung unserer Situation notwendig dazu, daß wir darauf hoffen müssen. Damit diese Hoffnung nicht trügt, müssen nicht nur die Kulturpolitiker aktiv zu ihrer Realisierung beitragen. Zur Entwicklung dessen, was Oskar Lafontaine (S. 236) die „neue aufklärerische Verantwortungsethik“ nennt, bedarf es eines breit gestreuten gesellschaftlichen Diskurses, der allerdings gut organisiert sein will. Wenn dieser Diskurs alle kritischen Kräfte zusammenfaßt und sich an praktischen gesellschaftlichen Mängeln oder Risiken orientiert, erst dann ließe sich hoff-

fen, daß er neue, zukunftsfähige ethische Standards hervorbringt. Der Kampf um die Autonomie der kulturellen Kräfte ist zugleich derjenige um mehr kulturelle Öffentlichkeit; es ist der Kampf darum, korrigierende kulturelle Diskurse unabhängig von materiellen Machtstrukturen in der eigenen Verantwortung führen zu können.

Kultur für die „Freizeitgesellschaft“

Soweit unser Exkurs über die gesellschaftliche Bedeutung der Autonomie des kulturellen Bereiches einschließlich dessen eigenständiger Mitwirkung bei der Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven. Nur mit einem solchen Verständnis von Kultur, das auf die gesamte soziale und politische Lebenstätigkeit bezogen ist, kann ihr eine Rolle zugeschrieben werden, auch in der sogenannten „Freizeitgesellschaft“. Nur dann, wenn Kultur diese Rolle wirksam übernehmen kann, bedeutet sie mehr als „Brot und Spiele“, mehr als ein Mittel zum Zeittotschlagen. „Mit leichtem Gepäck nach vorn“ möchten uns manche als Motto für die Gewinnung von Zukunft verschreiben: Sie versprechen sich davon weniger Belastung durch lästige Problematisierungen und hochgemute moralische Ansprüche einer als retardierend empfundenen Technik- und Fortschrittskritik. Aber wer sich „vorn“ wähnt, wer kann sich da in solcher Illusion noch sicher sein? Oder bestimmt sich die Qualität des Fortschritts, des Vornseins, einfach nur nach dem, was machbar ist, oder nach den sogenannten „Sachzwängen“?

Fortschritt im Sinne Brechts heißt Fortschreiten zum Menschlichen hin, hinüber in die Dimension humaner Lebensräume. Im Kontext dessen, was als „totale Freizeitgesellschaft“ zum Alptraum stilisiert wurde, verwenden wir gern die schlichte

Formel von der Schaffung einer notwendigen kulturellen Infrastruktur für das Jahr 2000. Nach neuesten Hochrechnungen verfügt nämlich an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend jeder zweite Bundesbürger über ganzzeitig von Erwerbsarbeit freigestellte Zeit, ein Drittel der Bevölkerung wird dann über 65 Jahre alt sein.

Gleichwohl sollten wir mit überzogenen Hoffnungen auf mehr freie Zeit behutsam umgehen. Denn nicht jede Arbeitszeitverkürzung bedeutet automatisch mehr freie Zeit, geschweige denn mehr Muße-Zeit. So relativieren Experten die Freizeit mit dem Argument, daß diese nicht zwangsläufig identisch sei mit jenen „Lücken, die (rein) rechnerisch übrigbleiben“ (Müller-Wichmann, S. 63). Mit anderen Worten: In aller Regel wird der Begriff „Arbeit“ immer noch zu eng interpretiert: Denn unser gesamtgesellschaftliches Arbeitsvolumen zerfällt „in bezahlte Arbeit und in unbezahlte Arbeit“. Unbezahlte Arbeit wird auch als Eigenbedarfstätigkeit bezeichnet, als Schattenarbeit, als „informeller Sektor“ oder als Dualwirtschaft. Sie ist als „private Alltagsarbeit“ aber ganz und gar kein beliebiger Zeit-Faktor; sie ist vielmehr „notwendiger Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtleistung (Müller-Wichmann, S. 65), auch wenn sie als nicht-entlohnte Tätigkeit in der Kalkulation unseres Bruttosozialproduktes nicht verrechnet wird. Sie gehört gleichwohl zu den „notwendigen Vor- und Nachleistungen, um das Funktionieren unseres Wirtschafts- und Sozialsystems“ zu gewährleisten.

Früher hatte die Mehrzahl der Menschen nebenbei lediglich „bescheidenste häusliche Arbeit“ für sich und die Familie zu erledigen. Erst später bewirkten die ständig wachsenden Ansprüche, die Menschen an „Hygiene, Ernährung, Erziehung, Gesundheit, Wohnung, Kleidung, Bildung,

Freizeit“ usw. stellten, beträchtliche Verschiebungen im privaten Zeitbudget (Müller-Wichmann, S. 65). Mit der deutlichen Verlängerung der Lebenserwartung haben sich diese Ansprüche noch zusätzlich erhöht. Wir erleben es alle deutlich an uns selber, wie sehr „Technisierung, Bürokratisierung, Verwissenschaftlichung, Verrechtlichung und Demokratisierung (!) unseres Lebens“ nicht nur die täglichen Anforderungen an uns steigern (Müller-Wichmann, S. 65). Sie erhöhen auch den Bedarf an Qualifikationen, welche Tatsache sich eklatant im Zeitbudget niederschlägt und immer mehr Lebensbereiche umfaßt.

Es bleibt außerdem zu fragen, wie denn die Arbeitszeit geändert werden soll, zumal vorauszusehen ist, daß eine generelle Verkürzung der Normal-Wochenarbeitszeit eine doch wohl nur marginale Bedeutung bekommen dürfte. Die Kontinuität gegenwärtiger Trends einmal vorausgesetzt, würden mögliche Arbeitszeitverkürzungen vermutlich in Vorruhestandsregelungen, Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit abgedrängt. Diese auch kulturpolitisch eher fragwürdige Tendenz verdiente eigentlich schon deshalb politisch konterkariert zu werden, weil Arbeitslose nämlich gar keine Freizeit haben, sondern nur leere Zeit. Bis die meisten Arbeitslosen gelernt haben, ihre leere Zeit in Konzerten oder Museen zu verbringen, dürfte noch viel Aufwand an Sozialarbeit zu leisten sein. Ähnliches betrifft die Frührentner mit durchschnittlichem Bildungsstandard, das heißt: Senioren ohne musische Bildung und ohne ästhetische Erziehung etwa im Sinne von Schillers ästhetischen Briefen haben geringere Chancen, auch in ihrer Freizeit.

Zu beachten ist ferner die Erfahrung, daß gleichlange Zeitspannen meist ungleiche soziale Nutzungschancen haben. Das heißt negativ gewendet: Freie Zeit zur

„falschen Zeit“ ist in aller Regel subjektiv wie objektiv wertlos für den einzelnen (Müller-Wichmann, S. 179). Unsere Zeiterfahrung lehrt uns, daß genaugenommen nur derjenige über seine Zeit ökonomisch verfügen kann, der auch den Zeitpunkt bestimmen kann, zu dem er über Zeit verfügen können möchte. Die gegenwärtigen Trends bedeuten ohne gesellschaftspolitische Gegensteuerung, daß Kultur und Künste zunehmend nur die Luxusbedürfnisse eines kleinen Teils der Gesellschaft in begünstigten Städten und Regionen befriedigen werden. Unter diesen Prämissen kann die Kultur aber weder ihrer demokratischen Bringschuld (im Rahmen eines „Kulturstaates“) gerecht werden, noch kann sie gesellschaftlich relevante Prozesse in Gang setzen.

Es sind aber natürlich noch andere Denkansätze für die Zukunftsplanung denkbar: Im Zusammenhang mit den Wandlungen der Produktion steht vielleicht nicht unbedingt die Hinwendung zur „Freizeitgesellschaft“ auf der Tagesordnung obenan, wohl aber die Abkehr von Gesellschaftsmodellen, für die allein die entlohnte Erwerbsarbeit Bedeutung hat. Nur in Arbeit und Freizeit möchten (und können) die Menschen durch Tätigsein zu sich selbst finden: In seiner „Freiheitswissenschaft“ proklamierte Joseph Beuys mit seinem Slogan „Jeder Mensch ein Künstler“, daß alle Menschen das Recht haben sollten, bei-sich-selbst-zu-sein sowie auf dem „Souverän“ zu insistieren, „der in jedem Menschen steckt“. Denn „Selbstverwirklichung“, jene berühmte Forderung von 1968, hat genauso wie „Emanzipation“ schließlich sehr viel mehr mit menschlicher Sinnkonstitution zu tun als mit Ideologie.

Sinnorientierung ist nicht loslösbar von menschlichem Handeln, und dieses Handeln drückt sich ebenso in bezahlter Erwerbstätigkeit aus, wie es sich in nichtbe-

zahlter Tätigkeit vollziehen kann. Sie setzt sich aber auch in der Einsicht voraus, daß die Bedeutung des Finanziellen oder das Gewicht des materiellen Prestigeekonsums in den Wertvorstellungen der Menschen relativiert wird. Das heißt, es müssen wichtigere Dinge an die Stelle jener scheinbaren Werte treten, die allein bei günstigerer materieller Lage zu erwerben sind; den Kanon der Sinn-Orientierungen gilt es dementsprechend umzuwerten. Durch die Dominanz von menschlicher „Tätigkeit“ dürfen Genußfähigkeit, Muße und Vergnügung künftig nicht etwa minder gewichtet werden, ganz im Gegenteil: Der Kulturpolitik stellt sich als vorrangige Aufgabe, ihrer spezifischen Vorstellung vom lebenswerten Leben zum Durchbruch zu verhelfen. Die Konstituierung von „Lebenssinn“ ist auf die überindividuelle und die individuelle Ebene angewiesen. „'Sinnhaft' ist ein Tun für mich nur dann“, sagt Th. Metscher, „wenn ich in diesem mich selbst ... verwirkliche, mich 'einbringen' kann; aber die individuelle Ebene wird brüchig, wenn ihr nicht auch eine gesellschaftliche Ebene korrespondiert“ (Metscher, S. 4): Was hülfte uns eine individuelle Idylle, wenn rings um uns her alles in Zerstörung und Auflösung begriffen wäre?

Nun, was bliebe aus dem Gesagten zu schlußfolgern? Vor allem doch dies eine: daß Kultur (jedenfalls in diesem Zusammenhang) nicht als Beschäftigungstherapie marginalisiert werden darf, sondern als Sinn-Ressource begriffen werden muß, und zwar verbunden mit allen inhaltlichen Ansprüchen, mit allem Bezug zur gesellschaftlichen Realität. Diesen Ansprüchen sieht sich auch die kulturelle Auseinandersetzung mit den Veränderungen unserer Arbeitswelt konfrontiert. Jener Negativ-Katalog mit sinkender „Arbeitsmoral“, nachlassender „subjektiver Bedeutung der erwerbszentrierten Arbeit“ oder mit der

„Entmythologisierung der Berufsarbeit“ (Becker I, S.13) bildete für eine Gesellschaft mit enorm gesteigerter Produktivität eigentlich die Herausforderung für die Lösung schwierigster „Problempotentiale“! Wir hätten uns dann zu befassen mit einer „klugen Antizipation der zukünftigen Bedingungen der sozialen Wirklichkeit“ (Becker I, S.14), anstatt uns immer nur damit zu beschäftigen, Krisensymptome zu bekämpfen. Es hieße, die gewonnenen Einsichten auf einen Irrtum bauen, wenn man diese jetzt zu kompensieren versuchte durch wiederum neue Leistungsanreize etwa im Wettlauf um positionelle Güter.

Es gibt eine Ebene, auf der eine neue Zeit-Moral auch gesellschaftspolitisch interessant zu werden verspricht: Zum Beispiel kulturell abgedeckte Bedürfnisse nach Langsamkeit und Gemächlichkeit, nach Abkehr von der sogenannten „Tempokratie“ (Becker I, S.8) oder ein Programm der „neuen Langsamkeit“ und ein Konsens, uns zu „entschleunigen“. Das könnte hinauslaufen auf ein „humanes Projekt der Muße-Kultur“ (Becker I, S.9). Alle diese Bedürfnisse verdanken sich einer einzigen Stoßrichtung: Nämlich jener gegen „zeitökonomische Intensivierung“ mit ihrer ganzen Facette pathologischer Elemente. Es sind diese Elemente, die immer neu die Grenzen zeitlicher Belastbarkeit ausloten wie auch deren Verschiebung durch Zeit-Management. Jene Bewegungen, die „Zeitwohlstand“ und „Zeitsouveränität“ anstelle permanenter Zeitnot propagieren, sie können auch ein Hilfsmittel gegen die Krisen der Arbeitsgesellschaft sein. Freilich werden sie nicht im Selbstlauf schon zu solchen, sondern erst als Produkt einer politikfähigen Bewegung, die Gegenkräfte mobilisiert.

Eine künftige Kultur- und Freizeit-Infrastruktur für die Zukunftsgesellschaft wird sich nicht reduzieren lassen dürfen auf ei-

ne „Brot und Spiele“-Ausstattung wie für isolierte Monaden, die von ihrem gesellschaftlichen Wesen, von ihrer Gattungsexistenz ferngehalten wurden.

Daß Kulturpolitik nicht machbar ist ohne Wissenschaft, das hatten wir schon eingangs konstatiert. In ihrer freien Gestalt sind Wissenschaft und Kultur gemeinsam unerläßliche Elemente auch des gesellschaftlichen Diskurses. Hat ein solches Verständnis von Kultur, das primär doch eher als Gegenmodell zur Instrumentalisierung und zur ökonomischen Funktionalisierung verstanden wird, noch das mindeste zu tun mit Kultur als Standortfaktor für eine Universität, für eine Stadt, für eine Region? Ist es vielleicht jene „Gemengelage“ der verschiedensten Interessen und Richtungen, sind es also der Geist, die Wissenschaft, die Kultur selbst, die eine Region bzw. Universität attraktiv machen? Immer häufiger ist es wohl die Qualität der Professoren und aller übrigen vorher apostrophierten klugen Köpfe usf., deretwegen die Studenten kommen, also weniger der Idylle wegen. Und insofern hat Qualität der Lehre und Forschung auch viel zu tun mit der Verantwortung für das Überleben der Menschheit und damit auch für das Leben in einer Region.

Global denken, lokal handeln, das ist ein modernes Schlagwort vielleicht auch für die Universitätsstädte; Zukunftsdiskurse müssen sich beziehen auf Stadt und Umland, ansonsten verfehlen sie ihr Ziel.

Im Sinne unseres Titels möchte ich schließen: Kultur, Wissenschaft und Politik ergeben dann einen Sinn, wenn sie in ihrem Zusammenwirken uns zu einer Lebenspraxis verhelfen, in der wir zu uns selbst kommen und ganz bei uns sein können. Diese profane Dreifaltigkeit sollte den Menschen helfen, auch in Arbeit und Alltag so zu leben, daß sich einer dünken kann, in einem Kulturstaat zu leben, zu

dessen Lebensform er sich positiv beken-
nen kann. Es ist ein Leben in Würde und
in Verantwortung. Es ist ein Leben, in des-
sen Praxis einer Herr seiner Sinne, seiner
Zeit, seiner Mittel ist, statt Sklave von
Streß, Ehrgeiz, Ämtern oder Besitz zu
sein. Diese Lebensweise sollte dazu beitra-
gen, so zu leben, daß wir alle uns den Fra-
gen unserer Kinder und Enkel noch mit
redlichen Antworten werden stellen kön-
nen: Ja, wir möchten unser möglichstes
getan haben, um ihnen eine lebenswerte
Welt zu hinterlassen.

Falls der Diskurs auch orientiert ist an
praktischen gesellschaftlichen Mängeln
oder an als solche erkannten Risiken,
dann könnte er helfen, die Utopie einer
humanen Zukunft zu entwerfen, die auf
ethischen Grundlagen errichtet ist. Diese
Utopie liegt nicht an einem anderen Ort
und nicht in einer fernen Zeit. Die Zeit der
Utopie ist jetzt – und ihr Ort ist hier.

Literatur

Adorno, Theodor W., Kultur und Verwaltung. In:
Merkur 14/1960, S. 101–121.
Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine
andere Moderne. Frankfurt/M. 1986.
Becker, Thomas A., Zukunft der Arbeit? – Zukunft
des Wissens! Ein Szenario der „Argumentativen Ge-

sellschaft“ (Manuskript eines Vortrages an der Uni-
versität Zürich, 13. 2. 1987) (I).

Becker, Thomas A., Arbeitszeit – Soziale Zeit – „Zeit-
wohlstand“. Menschliche Orientierungssysteme im
Wandel (GDI Dialog 27. Nov. 1987, Manuskript)
(II).

Conrad, Klaus, Kunstindustrie: Aspekte eines beson-
deren Marktsegments. In: Spektrum der Wissen-
schaft, August 1988, S. 33–38.

Grass, Günther, Die Meinungsfreiheit der Künstler in
unserer Gesellschaft. Eine Rede während des Euro-
parats-Symposiums in Florenz. In: Frankfurter
Rundschau v. 30. Juni 1973, Beil. S. III.

Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W., Dialektik
der Aufklärung. In: Max Horkheimer, Gesammelte
Schriften Bd. 5, Frankfurt/M. 1987, S. 1–288.

Hummel, Marlies; Berger, Manfred, Die volkwirt-
schaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur. Gut-
achten im Auftrag des Bundesministers des Innern.
IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München
1988.

Lafontaine, Oskar, Die Gesellschaft der Zukunft. Re-
formpolitik in einer veränderten Welt. Hamburg
1988.

Lutz, Rüdiger, Die sieben Zukünfte. Szenarien für die
sanfte Wende. In: gdi impuls (Gottlieb Duttweiler In-
stitut Rüschtikon) 2/1984, S. 3–18.

Metscher, Thomas, Kultur als menschliche Bildung.
Reproduktion, Selbstreproduktion und kultureller
Prozeß. Acht Gesichtspunkte. In: Kultur & Gesell-
schaft 7-8/1988, S. 3–6.

Müller-Wichmann, Christiane, Freizeitgesellschaft?
Zur Demontage einer Legende. In: Freizeitpädagogik
8. Jg. 1986, S. 62–68 und S. 177–184.

Von Weizsäcker, Richard, Die politische Kraft der
Kultur. Reinbek 1987.